



## Massenverbrechen im 2. Quartal 2016

In fünf Staaten wurden Massenverbrechen wie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt, in neun weiteren droht eine Eskalation. Aus den 14 erfassten Staaten stammen 36 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene. Allein in 12 der Staaten wurden über 21.700 Menschen getötet. Darunter befinden sich etwa 8.000 Zivilisten. Für Nordkorea und den Jemen sind keine Daten verfügbar.

### Fünf Notstände: Neue Notlage in Nigeria

Im Irak und in Syrien wurde der sog. Islamischen Staat (IS) weiter militärisch zurückgedrängt. Nach der Rückeroberung von Falludscha konzentriert sich die Anti-IS Koalition im Irak auf Mosul, die letzte große vom IS gehaltene Stadt. In Syrien bleibt Assads Regime für die überwältigende Mehrheit der getöteten Zivilisten verantwortlich. Trotz der vereinbarten Waffenruhe wurden fast 13.000 Menschen getötet, insbesondere aufgrund der Eskalation in Aleppo. Während die nigerianische Armee große Fortschritte gegen Boko Haram erzielte, entstand im Osten eine neue Notsituation: Semi-nomadische Fulani-Milizen ermordeten bei Übergriffen auf Farmer über 400 Zivilisten. Massenverbrechen der Regierungen in Nordkorea und im Sudan halten unvermindert an.

### Vier Krisen: Hochstand der Gewalt in Afghanistan

In Afghanistan leiden Zivilisten zunehmend unter gezielten Angriffen der Taliban und des afghanischen IS-Ablegers. Etwa 1.000 Zivilisten wurden bei den Kämpfen getötet; der höchste von der UN ermittelte Stand seit 2009. In Burundi attackierten Regierung

„Boko Haram konnte massiv zurückgeschlagen werden; Im Südosten Nigerias aber entstand eine neue Notsituation durch Übergriffe radikal-islamistischer Fulani.“

und Rebellen gezielt politische Vertreter und Zivilisten. Aufgrund der Kompromisslosigkeit der Regierung droht die Gewalt zu Massenverbrechen zu eskalieren. In der DR Kongo wurden über 100 Zivilisten ermordet; die Gewalt im Kontext der Proteste gegen die mutmaßliche Verschiebung der Präsidentschaftswahl wird sich Ende des Jahres wahrscheinlich ausweiten. Im opferreichen jemenitischen Bürgerkrieg besteht durch Übergriffe sämtlicher Konfliktparteien sowie das Erstarken von Al-Qaida eine hohe Bedrohung für Zivilisten. Im Südsudan droht der Bürgerkrieg angesichts neuer Kämpfe und mangelnder Akzeptanz des Friedensvertrages erneut auszubrechen.

### Fünf Warnungen: Fortschritte in Myanmar, Libyen & der ZAR

In Myanmar übernahm die NLD unter der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi die Regierung und entließ politische Gefangene. Rohingya bleiben allerdings in Zwangslagern interniert. In Libyen konnte die Einheitsregierung eine lang erwartete Offensive gegen Sirte starten, dem Hauptstützpunkt des libyschen IS-Ablegers. Die friedliche Wahl in der ZAR brachte eine neue und breit akzeptierte Regierung ins Amt; Gewalttaten zwischen Christen und Muslimen in ländlichen Regionen halten jedoch an. In Pakistan verübten radikal-sunnitische Terrororganisationen weiterhin Angriffe auf religiöse Minderheiten.

### Fokus: Religion & Massenverbrechen

Acht der 14 im Monitor erfassten Staaten besitzen eine muslimische Bevölkerungsmehrheit. Opfer von Massenverbrechen sind in diesen islamischen Staaten meist und vor allem: Muslime. In den übrigen sechs Staaten treten Christen, Buddhisten und Atheisten als Täter auf. Gemeinsam ist diesen Gewalttätern, dass sie Gruppenidentitäten, wie Religion, für ihre Zwecke missbrauchen.

Zum Weiterlesen: [GA Artikel zu Religion & Massenverbrechen](#)

### Über den Monitor

Der Genocide Alert Monitor informiert über die weltweite Entwicklung von Massenverbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Monitor erscheint mit ausführlichen Hintergrund- und Ereignisberichten, einer interaktiven Karte und weiterführenden Informationen jedes Quartal neu auf [www.genocide-alert.de/monitor](http://www.genocide-alert.de/monitor).

Projektleitung: Jens Stappenbeck, stv. Vorsitzender Genocide Alert e.V.  
Vi.S.d.P.: Dr. Robert Schütte, Vorsitzender Genocide Alert e.V.

## Notstand: Massenverbrechen finden statt

Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Internationalen Strafgerichtshofes werden verübt.

Im **Irak** wurde der IS weiter zurückgedrängt. Die Anti-IS Koalition konnte Falludscha zurückerobert. Unterdessen intensivierte der IS seine Terroranschläge und attackierte insbesondere in Bagdad gezielt schiitische Zivilisten.

In **Nigeria** verübt Boko Haram seit 2009 Massenverbrechen, wird aber zunehmend zurückgedrängt. Hunderte Entführte wurden befreit; 800 Kämpfer kapitulierten. Im Osten entstand unterdessen eine neue Notsituation: Semi-nomadische, überwiegend muslimische, Fulani-Milizen ermordeten im bisherigen Jahr über 600, oftmals christliche, Farmer und Dorfbewohner.

In **Nordkorea** begeht das autoritäre Regime seit Jahrzehnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der eigenen Bevölke-

In **Afghanistan** erfasste die UN im 1. Halbjahr 2016 eine Rekordzahl von 1.600 getöteten Zivilisten. Die Taliban kontrollieren weite Gebiete und attackieren landesweit gezielt Zivilisten. Ende 2015 wurde zudem der IS in der östlichen Nangarhar Provinz aktiv. Angesichts aktueller Offensiven der Taliban und ihrer neuen Konkurrenz zum IS besteht ein großes Risiko, dass die Taliban ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung intensivieren und zu Massenverbrechen ausweiten.

In **Burundi** lässt Präsident Nkurunziza Oppositionelle weiterhin gezielt verfolgen, verschleppen und ermorden. Zahlreiche NROs und Medien wurden geschlossen. Das Vorgehen der Regierung droht sich zu Massenverbrechen auszuweiten. Auch Mordanschläge auf Regierungsvertreter halten an. Die burundische Regierung wies Peacekeeping-Missionen der AU mehrfach ausdrücklich zurück. Der UN-Sicherheitsrat beschloss am 1. April weitere Optionen zu prüfen. Am 25. April nahm der Internationale Strafgerichtshof Vorermittlungen auf.

Im Osten der **DR Kongo** begehen Rebellen und bewaffnete Milizen weiterhin Kriegsverbrechen. Die Ende 2016 fällige Präsidentschaftswahl wird aufgrund einer Wahlrechtsreform sehr wahrscheinlich verschoben. Präsident Joseph Kabila, der eine

## Warnung: Massenverbrechen sind zu befürchten

Die Entwicklung weist auf ein ernsthaftes Risiko für künftige Massenverbrechen hin.

In **Libyen** trat die islamische Regierung in Tripolis zugunsten einer von der UN unterstützten Einheitsregierung zurück. Eine Gefahr von Massenverbrechen geht von den etwa 4.000-6.000 IS-Kämpfer aus, die sich vor allem in Sirte konzentrieren. Anfang Juni umzingelten Streitkräfte und Milizen der Einheitsregierung die IS-Hochburg und begannen eine lang erwartete Offensive.

In **Myanmar** übernahm die National League for Democracy unter der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi am 1. April 2016 die Regierung. Trotz der demokratischen Fortschritte wird die muslimische Minderheit der Rohingya weiter systematisch unterdrückt und in Lagern interniert. Eine am 7. April an-

## Eine Welt ohne Massenverbrechen ist möglich

Genocide Alert setzt sich für eine wirksame Verhinderung und Bestrafung von Massenverbrechen ein und betreibt dafür Poli-

tion. Nur wenige Informationen aus dem Land sind verfügbar. Unterdrückung, Exekutionen und lebenslange Deportationen ganzer Familien in Arbeitslager halten unvermindert an.

Im **Sudan** begehen die Armee und regierungsnahen Milizen seit 2003 Massenverbrechen in Darfur. Am 17. Juni verkündete die Regierung eine Waffenruhe für die südlichen Blue Nile und South-Kordofan Provinzen, in denen Zivilisten unter massiven Kriegsverbrechen von Regierung und Rebellen leiden. Der vom IStGH angeklagte Präsident Bashir bleibt auf freiem Fuß.

In **Syrien** werden Zivilisten durch nahezu alle Bürgerkriegsparteien attackiert, insbesondere jedoch durch das Assad-Regime. Trotz des Waffenstillstands vom Februar 2016 intensiviert das syrische Regime ab Mitte April die Offensive gegen Aleppo. Der Einsatz bunkerbrechender Bomben Russlands stellt ein Kriegsverbrechen dar. Fast 13.000 Menschen getötet, darunter 2.500 Zivilisten. Humanitäre Hilfslieferungen wurden blockiert.

## Krise: Unmittelbare Eskalation droht

Es werden erhebliche Verletzungen des humanitären Völkerrechtes begangen, die sich zu Massenverbrechen auszuweiten drohen.

verfassungswidrige dritte Amtszeit anstrebt, wäre dann weiter im Amt. Proteste gegen die Wahlrechtsreform werden brutal unterdrückt. Eine Eskalation Ende 2016 ist wahrscheinlich.

Im **Jemen** begehen nahezu sämtliche Konfliktparteien schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Sowohl die schiitischen Huthi als auch die Kräfte des Präsidenten Hadi und die mit ihm alliierte Koalition unter Führung Saudi-Arabiens greifen zivile Ziele an. Als Hauptprofiteur des blutigen Bürgerkrieges ist Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) dabei, zur größten Bedrohung für Zivilisten zu werden. Ethnische und religiöse Konflikte werden durch die Kriegsparteien weiter angeheizt.

Im **Südsudan** ist der Konflikt zwischen den Dinka unter Präsident Kiir und den Nuer unter dem Vizepräsidenten Machar erneut ausgebrochen. Die Probleme bei der Bildung einer Einheitsregierung und die neu ausgebrochene Gewalt drohen, die Fortschritte nach dem Friedensvertrag von 2015 zunichte zu machen und das Land in einen erneuten Bürgerkrieg zu stürzen.

gekündigte Amnesie für politische Gefangene stellt einen ersten positiven Schritt dar, adressiert die Rohingya jedoch nicht.

In **Pakistan** attackierten radikal-sunnitische Terrorgruppen weiterhin Schiiten. Die Regierung intensiviert ihre Anti-Terrorbemühungen. Radikal-sunnitische Täter und Hassprediger werden strafrechtlich nur unzureichend verfolgt.

In der **Zentralafrikanischen Republik** bleibt die Gewalt zwischen Christen und Muslimen, die Ende 2013 zu Massenverbrechen eskalierten, auf einem niedrigen Niveau. Die friedlichen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stellen einen großen Fortschritt dar; das Risiko für Massenverbrechen ist massiv gesunken. Einzelne Fraktionen drohten jedoch mit einer Wiederaufnahme des Kampfes, da der neuen Regierung keine Mitglieder der Konfliktparteien angehören.

tikberatung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel einer menschenrechtsbasierten Außenpolitik. Policy Briefs und weitere Analysen finden sich auf: [www.genocide-alert.de](http://www.genocide-alert.de).